

Erneut ein "Supersonntag" an der Urne

Autor(en): **Peter, Theodora**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **48 (2021)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1052221>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Erneut ein «Supersonntag» an der Urne

Die Corona-Pandemie hat die direkte Demokratie nicht ausgebremst: Am 13. Juni kommen erneut gleich fünf Vorlagen zur Abstimmung – zwei Initiativen und drei Referenden. Nachfolgend alle Vorlagen im Überblick.

Trinkwasser-Initiative

Nur noch jene Bauern sollen Subventionen erhalten, die auf Einsatz von Pestiziden, die Verabreichung von Antibiotika und den Zukauf von Futter verzichten. Auch die landwirtschaftliche Forschung und Ausbildung soll nur unter diesen Bedingungen Geld vom Bund erhalten. Dies verlangt die Volksinitiative von parteilosen Bürgerinnen und Bürgern. (Mehr auf Seiten 6 bis 8)

Pestizid-Initiative

Synthetische Pflanzenschutzmittel sollen in der Schweiz verboten werden – nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Boden- und Landschaftspflege. Untersagt würde auch der Import von Lebensmitteln, die unter Verwendung von Pestiziden hergestellt wurden oder solche enthalten. Hinter diesem Volksbegehren steht ebenfalls eine parteiunabhängige Bürgergruppe. (Mehr auf Seiten 6 bis 8)

CO₂-Gesetz

Im Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen werden u.a. die CO₂-Grenzwerte für Fahrzeuge verschärft sowie Abgaben auf Benzin und Heizöl erhöht. Dagegen wehren sich ein Wirtschaftskomitee betroffener Branchen zusammen mit der SVP. Widerstand kommt auch von Westschweizer Klimastreikenden: Ihnen geht das Gesetz im Kampf gegen den Klimawandel zu wenig weit. (Siehe unten)

Nagelprobe für die Schweizer Klimapolitik

Die Schweiz soll bis im Jahr 2050 klimaneutral werden. Das CO₂-Gesetz ist eine erste Etappe dahin – sofern am 13. Juni auch das Stimmvolk den Weg dafür ebnet.

THEODORA PETER

Als Unterzeichnerin des Pariser Klimaabkommens hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, die globale Klimaerwärmung zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Vertragsstaaten den Ausstoss klimaschädlicher Treibhausgase bis Mitte dieses Jahrhunderts massiv senken. Für die Schweiz hat der Bundesrat Anfang Jahr eine langfristige Klimastrategie definiert. Sie zeigt auf, was alles zu tun ist, um bis 2050 das angestrebte Netto-null-Ziel zu erreichen: also nicht mehr Treibhausgase auszustossen, als natürliche und technische Speicher aufnehmen können. So sollen die Gebäude und der Strassenverkehr in der Schweiz ganz frei von schädlichen Emissionen werden. Dazu wird es mehr sauberen Strom brauchen, und er soll vermehrt in der Schweiz pro-

duziert werden – mit Wärme-, Sonnen-, Wind- und Holzenergie.

Benzin und Heizöl teurer

Erste Schritte auf dem Weg zur klimaneutralen Schweiz finden sich im CO₂-Gesetz, welches das Parlament letzten Herbst verabschiedete. «Damit stellen wir jetzt die Weichen, damit die Schweiz das Netto-null-Ziel erreichen kann», betont Umwelt- und Energieministerin Simonetta Sommaruga (SP). Konkret werden im Gesetz unter anderem die CO₂-Grenzwerte für Fahrzeuge verschärft und die Abgaben auf Benzin und Heizöl erhöht. Neu werden zudem Flugpassagiere mit einer CO₂-Abgabe auf Flugtickets zur Kasse gebeten. Diese Lenkungsmaßnahmen stossen insbesondere bei der Auto- und Erdölbranche auf Wider-



Zwei «Klimaengel» werben vor dem Bundeshaus für eine Klimasteuer auf Flugtickets. Sagt der Souverän Ja zum CO₂-Gesetz, ist die Flugticketabgabe eine der Massnahmen, die umgesetzt wird. Foto: Keystone

Anti-Terror-Gesetz

Das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus ermöglicht es den Justizbehörden, gegen Personen ab 15 Jahren einen Hausarrest zu verfügen. Auch sind polizeiliche Massnahmen bereits bei Kindern ab 12 Jahren möglich. Dagegen wenden sich mehrere Jungparteien von links bis rechts. Sie kritisieren die Vorlage als «Frontalangriff auf den Rechtsstaat».

Covid-19-Gesetz

Die gesetzliche Grundlage für die vom Bundesrat zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie ergriffenen Notmassnahmen ist bereits in Kraft und gilt bis Ende 2021. Trotzdem haben die «Freunde der Verfassung» dagegen das Referendum ergriffen. Aus ihrer Sicht ist das Gesetz unnötig, unethisch und gefährlich. Sie befürchten, dass mit dem Gesetz weitere «zerstörerische Regierungsdiktate» legitimiert werden.

TP

stand. Deshalb hat ein Wirtschaftskomitee mit Unterstützung der SVP das Referendum gegen das CO₂-Gesetz ergriffen.

Aus Sicht der Gegner «kostet das Gesetz viel und bringt nichts», wie das Referendumskomitee schreibt. Bevölkerung, Wirtschaft und Gewerbe dürften nicht noch stärker finanziell belastet werden. Der mächtige Wirtschaftsdachverband Economiesuisse steht jedoch hinter dem CO₂-Gesetz. Er hat seinerseits ein «Klimaprogramm Schweizer Wirtschaft» erarbeitet, um zu zeigen, dass Unternehmen mit Innovationen und effizienter Technologie «Teil der Lösung» seien. Von der Investition erneuerbarer Energien erhoffen sich viele Unternehmen Aufträge. Der Bund rechnet für die nächsten 30 Jahre mit einem Investitionsvolumen von bis zu 1400 Milliarden Franken.

Grüne Fundamentalkritik

Kritik am CO₂-Gesetz kommt jedoch auch von Westschweizer Sektionen der Klimabewegung, denen die Mass-

nahmen zur Reduktion der Treibhausgase viel zu wenig weit gehen. Aus ihrer Sicht zementiert die Vorlage sogar die «bestehenden klimazerstörerischen und ungerechten Strukturen». Das Komitee «für einen sozialen und konsequenten Klimaschutz» brachte jedoch nur 7000 Unterschriften gegen die Vorlage zusammen. Denn die nationale Klimastreikbewegung machte beim Referendum nicht aktiv mit, weil sie den «kleinen Fortschritt» nicht gefährden wollte. Sie verlangt jedoch weiterhin das Erreichen eines Netto-null-Ziels bereits im Jahre 2030 – also 20 Jahre früher, als dies der Bundesrat anpeilt.

Bei einer Ablehnung des CO₂-Gesetzes an der Urne würde im Wettlauf gegen den Klimawandel weitere kostbare Zeit verlorengehen. Laut Umweltministerin Sommaruga müssten dann in Zukunft noch drastischere Massnahmen ergriffen werden, um die in Paris vereinbarten Klimaziele zu erreichen.

Schweizer Zahlen

Das Matterhorn wächst weiter – und wird doch nicht höher

1,5

Das heute 4478 m hohe Matterhorn wächst rund 1,5 Zentimeter pro Jahr. Eigentlich müsste es längst schon 12 000 Meter hoch sein. Nur schirmigeln Wind und Wetter den markanten Berg laufend ab – und zwar um ebenfalls rund 1,5 Zentimeter pro Jahr.

62 000 000 000 000 000

Aber warum wächst das Matterhorn? Es hebt sich zur Hauptsache in die Höhe, weil vor 18 000 Jahren der dicke Eisdeckel über den Alpen wegschmolz. Weil die einst 62 Billionen Tonnen schwere Eiskappe auf den Alpen heute fehlt, ist die ganze Bergkette leichter und die Erdkruste federt zurück. Darum wachsen die Alpen dort am stärksten, wo die Eiskappe am dicksten war.

6

Nicht zuoberst auf dem Gipfel ist die Schweiz als Wirtschaftsstandort. Das zeigt eine neue Studie des Mannheimer Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW: Unter den 21 untersuchten Industrienationen ist die Schweiz auf den 6. Rang abgerutscht. Vor einem Jahrzehnt lag sie noch auf Rang 2. Negativ bewertet wurde etwa die Regulierungsdichte in der Schweiz.

2

Aber Lebensqualität wird nicht allein von der Wirtschaftsfreundlichkeit einer Nation geprägt. Darum sei hier subito ein weiteres Ranking zitiert: Der von den Instituten Fraser (CAN) und Cato (USA) errechnete Index der persönlichen Freiheiten («Freedom-Index») zeigt die Schweiz auf Rang 2 von 162 untersuchten Ländern. Zuoberst liegt Neuseeland. Zuunterst Syrien. Was die Studie auch zeigt: Zwischen persönlicher Freiheit und Wohlstand gibt es durchaus einen Zusammenhang.

0

Apropos Wohlstand: Rund ein Viertel der Schweizer Haushalte weist ein Vermögen von null Franken aus. Gut die Hälfte der Haushalte besitzt bis zu 50 000 Franken. Damit wir unter dem Strich auf eine «reiche Schweiz» kommen, braucht es also noch Superreiche: 0,38 Prozent der Haushalte weisen Vermögen von 10 Millionen und mehr aus – und besitzen zusammen gut 30 Prozent des Gesamtvermögens der Schweiz. Was die Corona-Pandemie bis jetzt zeigt: Die ungleiche Verteilung akzentuiert sich weiter.

ZAHLENRECHERCHE: MARC LETTAU